



Foto: Florian Boillot

Ihre Stimme entscheidet. !

Deshalb unbedingt am 12. Februar (oder vorher per Briefwahl) natürlich DIE LINKE wählen.

Politik für die Menschen

Carsten Schatz und Katalin Gennburg im Abgeordnetenhaus

! Durch die schmucklosen Flure in der vierten Etage des Abgeordnetenhauses führt Katalin Gennburg uns. Sie zeigt auf die Namen an den Türen. Das sind die Genoss*innen der Linksfraktion, mit denen gemeinsam sie für eine lebenswerte Stadt arbeitet. Im Büro von Carsten Schatz eine kurze Begrüßung und ein schneller Einstieg in beider Herzensthemen. Das ist gar nicht mal zu allererst der Wahlkampf. Klar, der fordert Kraft und Zeit, aber die Arbeit der Abgeordneten geht trotzdem weiter.

„Wir sind schließlich gewählt worden, um konkret für die Menschen dieser Stadt Verbesserungen zu erreichen.“

Carsten Schatz weiß wovon er redet. Bis zu 400 Euro mehr als in Brandenburg zählt eine Berliner Familie mit geringem Einkommen in ihrem Portemonnaie. „Ein 9-Euro-Sozialticket, das Netzwerk der Wärme, der Härtefallfonds gegen Strom- und Gassperren, die Kulturbeihilfen – das und noch viel mehr haben wir bisher geschafft. Darüber aber redet schnell niemand mehr.“ Und das meint Schatz überhaupt nicht frustriert, sondern eher stolz: „Mit den Initiativen, die wir vorantreiben wird eine neue, eine bessere Normalität geschaffen.“

Katalin Gennburg macht dieselbe Erfahrung: „Es gibt so viele Dinge, von denen wir oft denken, dass sie viel zu radikale

Vorstellungen beinhalten. Kaum aber machen wir praktische Politik, liegt die Utopie vielleicht nur noch um eine Ecke, um die wir dann gemeinsam schauen können.“ Überhaupt ist das Gemeinsame beiden ein wichtiges Anliegen. Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen mit den Bauprojekten in der ganzen Stadt. In ihren Wahlkreisen zum Beispiel, vom Entwicklungsgebiet am Köpenicker Güterbahnhof bis zu den Nachverdichtungen in Plänterwald: „Es wird nachhaltiger und nachhaltig besser, wenn man mit den Menschen vor Ort redet“, meint Schatz und erinnert daran, dass es schließlich Leitlinien zur Bürgerbeteiligung gibt. Die müssten aber auch kon-

sequent umgesetzt werden. Gennburg fasst zusammen: „Politik kann eben nicht gegen die Stadt gemacht werden“. Stadtentwicklung ist ihr Thema, von planerischen Großprojekten wie dem Molkenmarkt und der Großbaustelle der ungeliebten A100 bis hin zu den kleinen, aber alle Menschen betreffenden Fragen unmittelbarer Teilhabe, wie dem Kampf um kostenlos zugängliche öffentliche Toiletten.

Ein komplexes System wie eine Millionenstadt ist ständig in Bewegung. Da kann jede gedrehte Schraube an einer Stelle ganz schnell ungewollte Auswirkungen an den verschiedensten anderen Orten haben. Carsten Schatz und Katalin Gennburg wissen um die vielschichtigen Verknüpfungen ihrer auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Wahlkreise. Treptow-Köpenick ist für beide alles auf einmal: Randbezirk und Innenstadt, Arbeits- und Wohnort, Transitzone für Berufspendler:innen und Naherholungsgebiet. Die konkreten Herausforderungen mögen zwischen Friedrichshagen und Alt-Treptow variieren, wirksam angegangen werden sie gemeinsam – mit den Menschen vor Ort, in den Ämtern und selbstverständlich auch im Parlament. Deshalb bleiben Katalin Gennburg und Carsten Schatz im Abgeordnetenhaus dran. Für uns.

Gysi meint...

Inflation macht arm

” Die Bundesregierung ist heillos überfordert, weil sie nicht in der Lage ist, alle Krisen im Zusammenhang zu begreifen und darauf zu reagieren. Ukrainekrieg, Klimawandel, Pandemie, Inflation und Energiekrise. Die Ampelkoalition bietet jeden Tag neues Stückwerk, vermittelt nie den Eindruck, einen Gesamtzusammenhang herzustellen, etwas wirklich Sinnvolles zu tun.

Viele Menschen können die horrenden Preissteigerungen nicht mehr auffangen. Das sind die niedrig Bezahlten, Hartz-IV-Beziehende, die Menschen mit kleinen Renten, aber auch alle durchschnittlich Verdienenden. Sie alle bekommen die Inflation nicht in den Griff. Und dazu fällt dieser Regierung nichts ein, außer mit der Gießkanne Gelder zu verteilen. Das aber begünstigt diejenigen, die heute schon viel ha-

ben, während die Ärmere wenig bis nichts davon haben. 40 Jahre neoliberale Ideologie haben den Egoismus zum herrschenden Handlungsprinzip in unserer Gesellschaft gemacht. Wenn zwei Menschen in unserem Land mehr Vermögen haben als die 42 Millionen Menschen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung, wird deutlich, wie wenig der finanzmarktgetriebene Kapitalismus noch mit einer sozialen Marktwirtschaft zu tun hat. Millionen Menschen ohne jegliches Vermögen in Deutschland darf man keinesfalls zu mehr „Eigenverantwortung“ aufrufen. Wir brauchen deshalb eine neue Solida-

rität. Dazu gehört neben Steuergerechtigkeit auch etwas, das sich in den Krisen der letzten Jahre als zentrales Problem für deren Bewältigung herausgestellt hat: die immer weitergehende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Profitstreben privater Betreiber führt in diesen Bereichen zu schlechterer Qualität und höheren Preisen. Das alles muss ein Ende haben. Gesundheit, Energie, Wohnen, Bildung, Wasser, Teile der Kunst und Kultur und des Sports gehören in öffentliche Hand oder zumindest in öffentliche Verantwortung.





Foto: Ben Gross

Jugendkulturkarte jetzt beantragen!

Alle Berliner:innen zwischen 18-23 Jahre bekommen vom Senat ein Guthaben von 50€ um damit den Eintritt für Bühnen aller Art, Museen, Clubs und Kiez-Kinos zu bezahlen.

Registrierungs- und Abholungszeitraum:
01.02.2023 - 28.02.2023

Einlösungszeitraum:
01.02.2023 - 30.04.2023



Mehr Informationen unter:
www.jugendkulturkarte.berlin

Wir haben in den letzten Jahren massiv in Krankenhäuser investiert und wollen die Investitionen weiter erhöhen. Wir setzen auf mehr Personal in der Pflege, gute Arbeitsbedingungen und Löhne für alle. Das Stromnetz haben wir rekommunalisiert, und wir wollen auch die Fernwärme und Gasversorgung wieder in die öffentliche Hand holen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen.

Bei der kommenden Wahl können Sie dafür entscheiden, dass sich die Berliner Politik gerade jetzt um das Wesentliche kümmert. Um bezahlbare Mieten, um sichere Energieversorgung in öffentlicher Hand, um gute Krankenhäuser und vieles mehr. Wir sind auch nach der Wahl der Garant dafür, dass die Politik das Wesentliche nicht aus dem Blick verliert. Das ist die Aufgabe der Berliner LINKEN. Dafür wollen wir gemeinsam mit Ihnen und euch, mit den Berliner:innen eintreten und dafür bitten wir um Ihre und eure Stimme.

Klaus Lederer

■ ■ Klaus Lederer, Kultursenator, Spitzenkandidat der LINKEN für Berlin

Entschlossen durch die Krise

Was der Markt nicht regelt, regeln wir. Gemeinsam.

Liebe Treptow-Köpenickerinnen und Treptow-Köpenicker

Das vergangene Jahr war für uns alle, für unsere Familie und Freunde, wegen der anhaltenden Corona-Pandemie, der steigenden Preise, des Krieges gegen die Ukraine und der explodierenden Energiekosten sehr belastend. Wir alle haben diese Krisen nicht verursacht. Aber wir arbeiten jeden Tag daran, sie zu bewältigen. Die Berliner:innen können bei der Wiederholung der Wahl nun entscheiden, worum sich die Politik in der aktuellen Situation kümmern muss.

Für uns ist das Wesentliche: Wir lassen die Berliner:innen in Krisenzeiten nicht allein. Wir unterstützen mit dem Berliner Entlastungspaket gezielt diejenigen, die es in der Energiekrise am nötigsten brauchen. Wir haben ein 29-EuroTicket und 9-Euro-Sozialticket eingeführt und wollen mit einem Härtefallfonds Strom- und

Gassperren verhindern. Niemand soll in schwerer Zeit im Kalten und Dunklen sitzen. Bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen haben wir eine Sperre für Mieterhöhungen und Räumungen verhängt. Wir lassen niemanden zurück, auch die nicht, die auf der Flucht sind.

Für große Immobilienkonzerne ist Berlin ein Markt für ihr Geschäftsmodell, für uns aber ist es unser Zuhause. Wir werden den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ umsetzen und wir wollen möglichst viele Wohnungen und Grundstücke wieder in städtischen Besitz zurückholen. Wir wollen mehr preiswerten Neubau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Wir wollen Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden.

Wir wollen, dass Berlin Stadt der Vielfalt, Freiheit und Toleranz bleibt – für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ih-

rem Geldbeutel, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Wir zeigen klare Kante gegen Nazis, Rassismus und Menschenverachtung. Jeder Mensch soll sich in der ganzen Stadt bequem, sicher und bezahlbar in Berlin bewegen können: Bus, Bahn und Radwege müssen ausgebaut werden, auch außerhalb des S-Bahn-Rings! Kein Weiterbau der A100. Perspektivisch wollen wir einen kostenfreien Nahverkehr. Kultur darf keine Frage des Wohnorts oder der Geldbörse sein, wir stärken deshalb alle Kulturbereiche, von Musikschulen, Kiezbibliotheken, Kindertheatern bis zur Clubkultur. Wir haben den eintrittsfreien Museumssonntag eingeführt und wollen ein Jugendkulturticket. Jedes Kind in unserer Stadt muss in seinem Kiez einen Kita- oder Schulplatz erhalten. Deshalb wollen wir mehr Geld für Neubau und Sanierungen und die laufende Schulbauoffensive beschleunigen.

LINKE-Vorsitzende Wissler bei den Protesten in Lützerath

RWE-Deal bricht mit Klimaschutz-Abkommen

Das kleine Dorf Lützerath ist zu einem wichtigen Symbol der Klimapolitik geworden. Der Energiekonzern RWE möchte den rheinischen Tagebau Garzweiler II ausweiten und die Kohle unter Lützerath abbaggern. Die Klimabewegung möchte das verhindern. Luisa Neubauer (Fridays For Future) machte klar, dass sich die deutsche Bundesregierung von dem Pariser Klimaabkommen abwende, wenn die Kohle unter

dem Dorf abgebaut werde. In Lützerath werde das Pariser Klimaabkommen verteidigt. Pikant: ausgerechnet die Grünen setzen diese Maßnahme im Rahmen eines Deals mit RWE um, sie sind sowohl in NRW als auch im Bund in der Regierung. Noch pikanter: der ehemalige Büroleiter von Annalena Baerbock (Grüne) wechselte 2022 als Lobbyist zu RWE. Janine Wissler, Vorsitzende der LINKEN, unterstützte die Proteste und

übernachtete mit den Aktivisten im Protest-Camp. Dabei gehe es nicht nur um ein mittlerweile leer stehendes Dorf, sondern „darum, ob Deutschland internationale Abkommen einhält und seinen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leistet. Die Gewinninteressen von RWE werden vor die Klimaschutzziele gestellt. Das nehmen wir nicht hin!“, erklärte Wissler. Sie forderte wie auch Fridays For Future und 200



weitere Prominente in einem Aufruf den Stopp der Räumung und den Erhalt des Dorfes, damit Deutschland seine Klimaziele einhält.



Unsere Bezirks- Bürgermeister-Kandidatin Carolin Weingart

Frischer Wind ins Treptow-Köpenicker Rathaus

Carolin Weingart ist seit 2021 Sozialstadträtin in Treptow-Köpenick. Sie ist hier im Bezirk aufgewachsen, hat in Jena studiert und sich dort politisch engagiert. Erst als Stadtverordnete, später dann in der Regierung von Bodo Ramelow in Thüringen. Sie war dort Referentin von Ines Feuerabend, die als Sozialstadträtin in Treptow-Köpenick bis 2014 eine hervorragende soziale Infrastruktur aufgebaut hat. Jetzt möchte sie die erste LINKE Bürgermeisterin in Treptow-Köpenick werden. Das blättchen sprach mit ihr über ihre Ziele.

● **Hallo Carolin, Du bewirbst dich in dieser Wahl nicht nur als Sozialstadträtin, sondern auch als Bezirksbürgermeisterin in Treptow-Köpenick. Warum?**

Ich möchte, dass in Treptow-Köpenick niemand zurückgelassen wird, alle ein Dach über dem Kopf haben, die Mieten bezahlbar bleiben, Bus und Bahn besser nutzbar sind und der soziale Zusammenhalt großgeschrieben wird. Als Bezirksbürgermeisterin habe ich die Möglichkeit, diese Bereiche grundsätzlich zu gestalten und zu stärken, auch die, die ich jetzt schon als Sozialstadträtin för-

dere. Außerdem ist das Amt des Bezirksbürgermeisters keine Krone und in der Demokratie gehört es dazu, politische Alternativen aufzuzeigen.

● **Im Moment bist Du noch Sozialstadträtin. Was hast du denn hier schon erreicht und was bringt die Zukunft?**

Im Allendeviertel durfte ich einen neuen kommunalen KIEZKLUB eröffnen. Die KIEZKLUBs sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt in unserem Bezirk. Senioren können gemeinsam Zeit verbringen und das schützt vor Einsamkeit. Ich plane schon den nächsten Neubau für einen weiteren KIEZKLUB in der Dammvorstadt. Das Netzwerk der Wärme, das gerade gestartet ist, stützt sich auch auf die KIEZKLUBs. Diese Infrastruktur will ich ausbauen und stärken.

● **Die KIEZKLUBs richten sich vor allem an Senioren, was willst du denn für die Jugend tun?**

Treffpunkte für Jung, Alt und alle dazwischen müssen in ordentlichem Zustand und in ausreichender Zahl vorhanden sein. Jugendfreizeiteinrichtungen helfen auch, sozial benachteiligte Jugendliche zu unterstützen. Gegen Kinderarmut und Gewalt in Familien brauchen wir eine ausreichend ausgestattete Jugend- und Sozialverwaltung. Ich will Familien und Alleinerziehende stärken, indem die Beratungsangebote ausgebaut werden.

● **In Zeiten steigender Preise müssen viele Menschen in Treptow-Köpenick genauer in den Geldbeutel gucken. Gibt es Möglichkeiten, auf bezirklicher Ebene zu helfen?**

Die großen Unterstützungen müssen vom Land und vom Bund kommen. Daran arbeitet DIE LINKE auf Landesebene und im Bundestag. Es muss jedoch auch für alle Menschen im Bezirk möglich sein, Teilhabe am öffentlichen Leben in Anspruch zu nehmen. Mit dem Netzwerk der Wärme wird der offene Zugang zu Bildung, Kultur und Medien im Bezirk nochmals erweitert.

● **Neben den steigenden Lebenshaltungskosten sorgen sich viele Menschen auch um die stetig steigenden Mieten. Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist kaum möglich. Was kann der Bezirk tun?**

Mit mehr Milieuschutzgebieten können Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verboten werden. Womöglich müssen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften mehr neue Wohnungen bauen. Dabei müssen aber die Anwohnerinnen und Anwohner eingebunden werden und grüne Innenhöfe geschützt werden. Bei privatem Wohnungsbau will ich, dass die Projekte bevorzugt werden, mit denen wir gemeinsame Ziele finden. Etwa einen hohen Anteil an günstigen Wohnungen für Menschen mit mittlerem bis geringem Einkommen.

● **Wenn überall mehr Wohnungen gebaut werden und immer mehr Menschen in die Kieze ziehen, fehlt es dann nicht auch an Kindergärten und Schulen?**

Wo Kieze wachsen, muss die soziale Infrastruktur mithalten! Genügend Kita- und Schulplätze und vor allem qualifiziertes Personal dafür zu besetzen, ist wirklich eine große Herausforderung. Ich schlage vor, dass wir uns auf Gemeinschaftsschulen konzentrieren, denn längeres gemeinsames Lernen ist für alle besser. Im Übrigen muss viel mehr mitgedacht werden, wir brauchen auch Arztpraxen, Pflegedienste, Spielplätze und Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Bürgersprechstunde

Stellv. Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart
Donnerstag, 16. Februar 2023,
10–11.30 Uhr Hans-Schmidt-Str. 16,
Raum 131, (telefonisch oder vor Ort)
Anmeldung erforderlich unter:
(030) 90297 – 5988



Katalin Gennburg
Wahlkreis 1

Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg und Nord-Niederschöne-weide

Ich möchte ein klimagerechtes Berlin, das für alle bezahlbar ist und in dem wir alle unseren Platz haben – unabhängig vom Geldbeutel. Das beginnt bei vermeintlichen Kleinigkeiten wie öffentlichen Uferwegen, kostenlosen öffentlichen Toiletten, dem Erhalt von Kleingärten oder einer guten Nahversorgung. Und es geht im großen weiter: statt neuer Autobahnen brauchen wir eine echte Verkehrswende, statt neuer Bürotürme mehr bezahlbaren Wohnraum. Und selbstverständlich gilt: Die Entscheidung der Berliner:innen zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ muss umgesetzt werden.



Philipp Wohlfeil
Wahlkreis 2

Oberschöne-weide, Niederschöne-weide und Johannisthal

Ich kandidiere für das Abgeordnetenhaus, weil ich eine Stadt will, die den Menschen gehört, und nicht Profitinteressen geopfert wird. Ich möchte verhindern, dass weitere Bahnflächen verschleiert werden, damit etwa eine dringend benötigte Schule nicht auf Grünflächen errichtet werden muss. Mein Ziel sind Kieze mit kurzen Wegen, günstigem ÖPNV und dadurch mehr Flächen für Grün, Rad und Wohnen sowie eine Stadt, in der sozialer Zusammenhalt, bezahlbares Wohnen, gute Bildung und Ökologie im Einklang stehen. Genossenschaften stärken und mehr Staat wagen: für bezahlbares Wohnen!

Gesundheit und Pflege sind keine Ware!

Gesundheit und Pflege gehören in die Öffentliche Hand

Wenn Ärzte und Pflegekräfte, Rettungssanitäter, Physiotherapeuten und Hebammen sich krank arbeiten, Medikamente fehlen und Sprechzeiten ausfallen, ist jede Familie betroffen. Verbesserungen sind nicht allein Bundes- oder Landesache. Auch der Bezirk kann viel für eine gute Versorgung tun. So trug DIE LINKE aktiv dazu bei, den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst in Altglienicke zu erhalten und neue Arztstühle zu eröffnen. Nicht erst seit Corona rücken wir den öffentlichen Gesundheitsdienst in den Fokus. Wir wollen mehr Personal und mehr Mittel für die Gesundheitsförderung. Gesundheits- und Versorgungsungleichheit muss abgebaut werden. Unser Bezirk hat allgemein eine gute gesundheitliche Lage und Sozialstruktur, doch im Berliner Ranking fällt Treptow-Köpenick zurück. Wer kennt das nicht: auf Facharzttermine monatelang war-

ten, Arztpraxen telefonisch nicht erreichen können oder als Neu-Patient:in abgelehnt zu werden – wenn nicht privat versichert. Trotz einer 21 Millionen Euro schweren Kampagne der Kassenärztlichen Vereinigung in 2020 liegt der hausärztliche Versorgungsgrad im Be-

Gesundheit und Pflege gehören wieder unter demokratische Kontrolle.

zirk noch immer nur bei 84 Prozent - der zweitschlechteste Wert von Gesamt-Berlin. Für einen Versorgungsgrad von 100% fehlen mindestens 27 Hausärzt:innen, 5 Gynäkolog:innen und 2 Kinderärzt:innen. Hier wird mehr Energie von Bezirk und Kassenärztlicher Vereinigung gebraucht und sollten Gesund-

heitskonferenzen klare Lösungen und Forderungen entwickeln. Die Bezirke brauchen mehr Mitentscheidung bei Gesundheitsversorgung und Pflege im Land. Beispiel: Altenpflege. Etwa 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf werden zu Hause gepflegt. Das Internet ist voll von Pflegeangeboten in Treptow-Köpenick und Umgebung. Braucht Mensch jedoch spontan Fachpflege, telefoniert

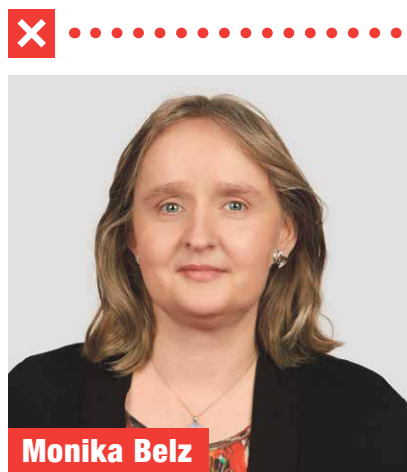
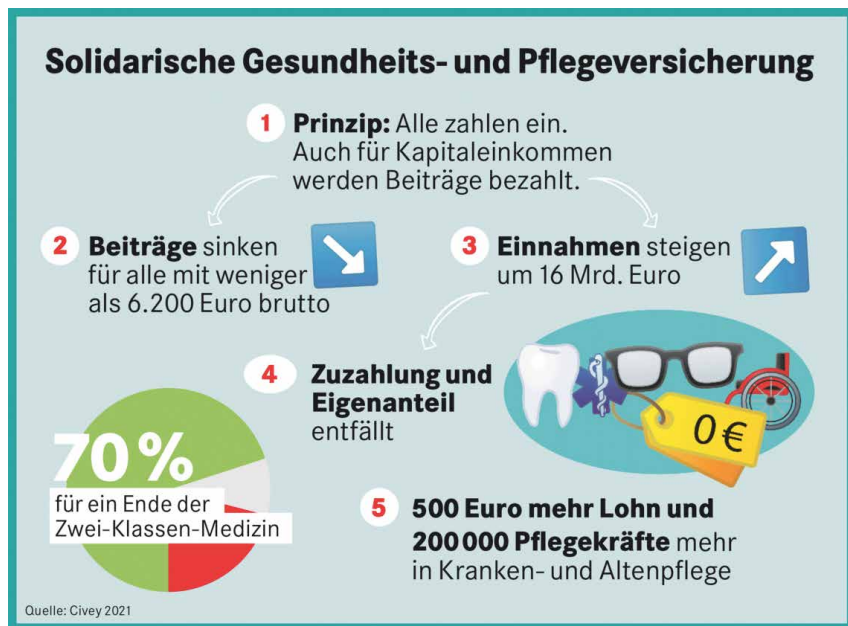
ren. Häusliche Pflege ist unsichtbar und hat keine Lobby. Auch das muss sich ändern. Deshalb wollen wir alle zwei Jahre einen Pflegebericht auf Landesebene und mehr Personal in den Pflegestützpunkten. DIE LINKE hat ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept für Bund, Land und Kommune. Wir fordern: Keine Profite aus Gesundheit und Pflege! Planung



Kundgebung im Rahmen der Pflegekampagne der Partei DIE LINKE vor dem Gesundheitsministerium in Berlin.

man stundenlang und oft vergeblich. Pflegekräfte fehlen, die Preise der Pflegedienste explodieren zusätzlich zu Lebensmitteln und Energiekosten. In den Pflegeheimen treibt das mehr Menschen in die Sozialhilfe. In der Häuslichkeit werden oft notwendige Pflegeleistungen gestrichen. Das bedeutet: Pflegenden Angehörige werden noch stärker belastet. Schaden erleiden alle: die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und Arbeitgeber, wenn beschäftigte Pflegepersonen die Arbeitszeit reduzie-

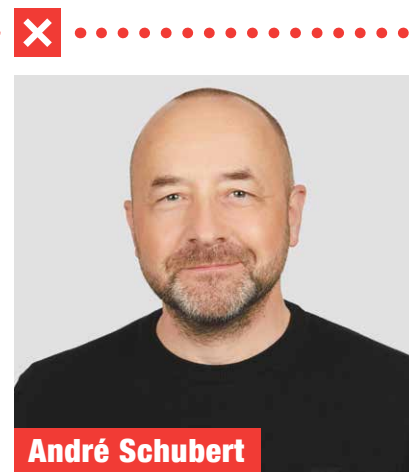
und Versorgung am tatsächlichen Bedarf, multiprofessionelle Ärztezentren sowie Krankenhäuser und Pflege solidarisch finanzieren. Die Fallpauschalen in den Krankenhäusern müssen ganz verschwinden. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen bedarfsgerecht versorgen können. Ärzte, Pflegekräfte und medizinische Berufe brauchen neben guter Entlohnung bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb gehören Gesundheit und Pflege wieder in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.



Monika Belz
Wahlkreis 3

Altglienicke und Adlershof

Mit dem Wohnungsneubau steigt auch der Bedarf an sozialer Infrastruktur, damit wir in unseren Viertel gut wohnen und leben können. In Adlershof werden mehr Kita-Plätze, in Altglienicke mehr Grundschulplätze benötigt. Es sind daher umfangreichere landesseitige Investitionsprogramme erforderlich. Dafür werde ich mich einsetzen. Für eine echte Verkehrswende, die alle mitnimmt, braucht es zudem einen Ausbau des ÖPNV verbunden mit einer sozial gerechten Tarifgestaltung. Ich möchte ein Berlin, in dem alle gut leben können – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter oder ihrem Wohnort.



André Schubert
Wahlkreis 4

Dammvorstadt, Köllnische Vorstadt/Spindlersfeld

Eine Metropole von der Größe Berlins lässt sich nicht ganz ohne motorisierten Individualverkehr (MIV) organisieren. Allerdings ist dessen Reduzierung dringend notwendig und der Vorrang des Umweltverbundes – also ÖPNV, Rad- und Fußverkehr – ist mein erklärtes Ziel. Der ÖPNV muss so attraktiv werden, dass er als bessere Alternative zum eigenen Auto gesehen wird. Das heißt: kurze Takte, moderne und umweltfreundliche Fahrzeuge, sowie schnelle Umsteigebeziehungen. Also nicht verbieten und bevormunden, sondern gute Voraussetzungen schaffen und die Menschen mitnehmen, das ist mein Leitgedanke.



Im Dezember 2022 übernahm Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Katja Kipping einmal das „Silbertelefon“ des Silbernetz e.V. in Berlin-Wedding und kam mit einsamen Menschen ab 60 Jahren ins Gespräch. Anonym, vertraulich und kostenlos konnten Senior:innen aus ganz Deutschland unter einer kostenlosen Rufnummer zum „einfach mal Reden“ anrufen und über ihre Sorgen und Probleme sprechen.

Konsequent gegen Armut

Soziale Teilhabe steht allen Menschen zu

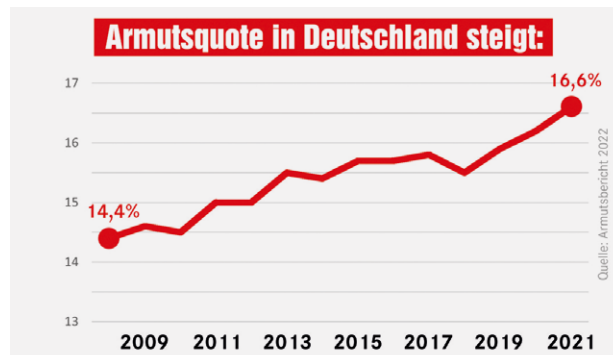
Die Politik der Bundesregierung macht viele Menschen ärmer. Allein 4,9 Millionen Rentnerinnen und Rentner müssen in Deutschland von weniger als 1000 Euro Rente monatlich leben. In unserem Bezirk beziehen mehr als 26.000 Menschen Transferleistungen, gut 7.000 davon sind Kinder. Durch die drastisch gestiegenen Preise können sich nun viele Menschen die Dinge des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten. Transferleistungsbeziehende, Geringverdienende und Rentner:innen sind davon besonders betroffen.

DIE LINKE versucht, die falsche Politik der Bundesregierung so gut wie möglich zu korrigieren. So hat Katja Kipping (Senatorin für Integration, Arbeit und Sozi-

ales, DIE LINKE) sichergestellt, dass für Sozialleistungsbeziehende die Heizkosten auch dann übernommen werden, wenn wegen der aktuellen Energiepreise die Kosten, aber nicht der Verbrauch gestiegen sind. Außerdem wurde auf Drän-

gen der LINKEN in Berlin ein Härtefallfonds eingerichtet, um bei Zahlungsschwierigkeiten unkompliziert zu helfen und Strom- und Gassperren zu verhindern. Damit niemand im Kalten oder Dunkeln sitzen muss. Zusätzlich wurde von Katja Kipping das „Netzwerk der Wärme“ initiiert. Die daran versammelten Orte sind für alle Bürger:innen offen als Orte der Begegnung, des Austauschs und der Beratung – auch in Treptow-Köpenick.

„Bevor die Politik den Menschen Tipps zum Waschen gibt, muss sie alle Möglichkeiten zur Entlastung und Umverteilung nutzen.“, erklärt unsere Senatorin ihren Ansatz. Denn Geld wäre genug da, wenn zum Beispiel Superreiche endlich angemessenen Steuern zahlen würden. Das Vermögen der Milliardäre ist auch während der Corona-Pandemie gewachsen. An der Börse werden Rekord-Dividenden ausgeschüttet. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP begnügt sich statt dessen mit Kosmetik: Hartz4 heißt jetzt Bürgergeld. Sanktionen gibt es weiterhin. Die Erhöhung auf 502 Euro genügt nicht einmal, um die Folgen der Inflation abzufangen. In Berlin wurde immerhin das Sozialticket auf Druck der LINKEN zum 9-Ticket vergünstigt. DIE LINKE setzt sich weiter weiter dafür ein, dass die Bürger:innen eine Mindestabsicherung von 1200 Euro erhalten und Sanktionen abgeschafft werden. Zudem setzt DIE LINKE auf gute Arbeitsbedingungen mit fairen Löhnen, die ein gutes Leben und später eine ausreichende Rente ermöglichen. Es muss endlich Schluss sein mit Leiharbeit und Lohndumping im Niedriglohnland Deutschland. Berlin zeigt, wie es gehen kann: Unter Senatorin Kipping wurde hier der Landesmindestlohn und der Vergabemindestlohn bei allen öffentlichen Aufträgen bereits auf 13 Euro erhöht. Das aber kann nur ein Anfang sein. Denn kein Kind darf in Armut aufwachsen und jede und jeder soll für gute Arbeit guten Lohn erhalten und in Würde altern können.



Maximilian Schirmer
Wahlkreis 5

Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloss und Müggelheim

Politik muss sich um die konkreten Probleme der Menschen kümmern, darf niemanden zurücklassen und muss gemeinsam Lösungen finden. Daher habe ich ein 100-Tage Programm für die Köpenicker Altstadt, Allendeviertel, Wendenschloß und Müggelheim aufgestellt, welches ich nach der Wahl auf den Weg bringen möchte. Es braucht sofort eine bessere Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, damit alle gut versorgt sind und einen Kiezbuss für Wendenschloß und Müggelheim. Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten muss umgesetzt und nachgeholt werden – denn die Stadt kann nur mit den Menschen entwickelt werden.



Carsten Schatz
Wahlkreis 6

Köpenick-Nord, Friedrichshagen und Rahnsdorf/Hessenwinkel

Mit dem Berliner Entlastungspaket hat eine Familie mit zwei Kindern 400 Euro mehr im Portemonnaie als eine vergleichbare Brandenburger Familie. Hier schlagen die kostenlose Schülerbeförderung, die Abschaffung der Kita-Gebühren, das kostenlose Mittagessen in den Berliner Schulen und das 29 Euro Ticket zu Buche. Während die Ampel-Regierung auf Bundesebene noch diskutierte, haben wir nicht gewartet, sondern gemacht. Ihre Stimme am 12. Februar entscheidet, ob diese Arbeit weitergehen kann. Deshalb bitte ich Sie um alle drei Stimmen für die Berliner LINKE.

Mut im Alter – statt Altersarmut!

Für generationsübergreifende Gerechtigkeit

Wenn alle Senior:innen in Treptow-Köpenick zeitgleich ihre ehrenamtliche Arbeit einstellen, würde nicht nur die Seniorenvertretung zusammenbrechen. Denn ältere Menschen beziehen nicht nur Rente oder Sozialleistungen oder brauchen Pflege. Sie gestalten unser Stadtleben aktiv mit. Genau deshalb gehören sie stärker in den politischen Fokus und müssen mitentscheiden dürfen.

Die Altenquote in Treptow-Köpenick ist höher als in ganz Berlin, vor allem bei Hochaltrigen über 85 Jahre. Weniger 65jährige als im Berliner Durchschnitt beziehen dagegen Sozialleistungen. Doch ihre Zahl wächst seit der Corona-Pandemie. Viele Menschen leben seit Jahrzehnten hier – und werden jetzt von Ver-

drängung bedroht. Im Herbst 2022 mussten in Deutschland 4,9 Millionen Menschen von weniger als 1.000 Euro Rente leben. Die Inflation frisst mehr als die Rentenerhöhungen, Miet- und Pflegekosten explodieren, Hausärzte fehlen oder haben keine Zeit und nichtdigitale Versorgungsangebote verschwinden immer mehr. Dagegen kämpft DIE LINKE – über ihre Forderung einer Mindestrente von 1.200 Euro hinaus.

Die Bedarfe der Senior:innen gehören in alle Planungen – auf Landes- oder Bezirksebene. Es geht nicht um „betreutes Kaffeetrinken“. Mehr Stellen in der allgemeinen unabhängigen Sozialberatung, eine Vollzeitstelle für Beratung in allen Seniorenfreizeitstätten werden



Senior:innen beim Vorbereiten der Wahl-Plakatierung.

gebraucht. Eine bezirkliche Tauschbörse für Wohnungen und altersgerechte, bezahlbare Wohnungen müssen her. Klare Sozial-Informationen, z. B. über das neue Wohngeld und nicht nur digital sind wichtig. Beratung, die nach Hause kommt und einfache Antragsverfahren fehlen. Mit kostenfreien öffentlichen Toiletten und Sitzmöbeln im Straßenland

bleiben (nicht nur) ältere Menschen besser mobil. Und: sichere Gehwege ohne Fahrradverkehr oder rücksichtslos genutzte E-Roller schützen auch Kinder. Gegen Altersarmut und für soziale Teilhabe älterer Menschen setzt sich DIE LINKE ein. Gemeinsam mit den Jungen, für generationsübergreifende Gerechtigkeit, gegen jede Altersdiskriminierung.

Mehr Geld für unsere Kiezgrößen

Linke fordert: Offensive für Schulbau und Ausbildung von Lehrkräften



Mit der Schulbildung werden für Kinder ganz entscheidende Weichen für ihre eigene Zukunft gelegt.

Auch in (unserem schönen) Treptow-Köpenick sind wir damit konfrontiert, dass es zu wenig qualifizierte Lehrer:innen an den Schulen gibt. Berlin hat einen Einstellungsbedarf von mehr als 2.500 Vollzeitlehrkräften – bei nur ca. 900 Uni-Absolvent:innen in diesem Jahr. Darum setzt DIE LINKE auf eine Ausbildungsoffensive und verbesserte Arbeitsbedingungen an den Schulen. Hierfür wurden den Universitäten bis 2025 zusätzliche 51 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel will DIE LINKE verstetigen, und die Zielzahl von 3.000 Lehramtsabsolvent:innen pro Jahr in den Hochschulverträgen verankern. Im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (BSO) wurden seit 2016 mehr als 25.000 Schulplätze neu geschaffen, ab diesem Jahr investiert das

Land Berlin jährlich mehr als 1 Mrd. Euro in den Schulbau. Doch auch hier gilt: Das ist erst ein Anfang. DIE LINKE will noch mehr Geld in Schulneubau und -sanierungen investieren, der Bedarf ist riesig. Um besonders dringliche Vorhaben unmittelbar umsetzen zu können, hat DIE LINKE eine Öffnungsklausel erstritten.

Mit der Schulbildung werden für Kinder ganz entscheidende Weichen für ihre eigene Zukunft gelegt. Neben gut ausgebildetem Personal und einem guten Lernumfeld ist die Schulform entscheidend: Studien belegen, dass lernschwache und lernstarke Kinder durch gemeinsames Lernen, wie es beispielsweise an Gemeinschaftsschulen Praxis ist, bessere Ergebnisse erzielen. Daher will DIE LINKE Gemeinschaftsschulen unbedingt stärken! Das soll durch gezielte Bevorzugung beim Schulneubau geschehen und Schulen, die sich zu Gemeinschaftsschulen zusammenschließen, sollen finanziell unterstützt werden.

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

Nächster Kassentag/Blättchentag:
Di 7.3.2023 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80932758
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA
Wißlerstraße 24, 12587 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buengerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Wahl-Sonderausgabe der Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktionsleitung: Karl Forster,
Postanschrift: DIE LINKE
Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion,
Allendeweg 1, 12559 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Satz und Layout: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11,
DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
10. Januar 2023
Erscheinungstag blättchen 288:
Di. 7. März 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 21.2.23
Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.
Die Rubrik Geburtstage wird im März-blättchen nachgeholt



dielinketk

www.dielinke-treptow-koepenick.de



Echte Verkehrswende: sozial und gerecht!

Kostenloser ÖPNV bleibt langfristig das Ziel der LINKEN

40 Prozent der Einwohner:innen Trep-
tow-Köpenicks, insbesondere Men-
schen mit niedrigem Einkommen, besit-
zen kein Auto und sind auf Alternativen
angewiesen. Wer eine Politik für alle
machen möchte, darf das nicht aus dem
Blick verlieren. Denn Mobilität ist Teil
der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und
weil nicht alle mit dem Rad fahren kön-
nen, ist und bleibt der ÖPNV das Rück-
grat für eine echte Verkehrswende – da-
mit das Autofahren perspektivisch

überflüssig wird. Das ist nicht nur gut
für's Klima, sondern macht die Viertel
auch lebenswerter, weil es weniger
Lärm und Abgase gibt. Weniger Autover-
kehr und Stau ist auch für diejenigen
gut, die wirklich auf das Auto angewie-
sen sind: Handwerker zum Beispiel.
DIE LINKE setzt auf eine Stärkung des
Umweltverbunds insgesamt: bessere
ÖPNV-Verbindungen, Taktverdichtun-
gen und mehr Radwege. Der Straßen-
raum muss umverteilt werden: Mit mehr

Busspuren stehen Busse weniger im
Stau, breitere Radwege ermöglichen si-
cheres Überholen auch mit Lastenrad.
Eine zentrale Aufgabe bleibt die Anbin-
dung von Ortsteilen am Stadtrand.

Baustelle Straßenbahn: Der Ausbau
der Straßenbahn muss schneller wer-
den, zum Beispiel muss die Strecke von
Neukölln über Baumschulenweg nach
Schöneweide bis spätestens 2035 ab-
geschlossen sein. Am Schloßplatz in
Köpenick braucht es endlich das zweite
Gleis. Insgesamt braucht es mehr Per-
sonal, um die Planungs- und Umset-
zungsgeschwindigkeit zu erhöhen. Hier
ist in den letzten Jahren zu wenig pas-
siert, die von Bettina Jarasch (Grüne)
geführte Senatsverwaltung blieb hinter
den Erwartungen zurück.

Baustelle Radwege: Gerechte Mobili-
tät geht nur mit guten Radwegen. Sie

müssen komfortabel, sicher und so ver-
netzt sein, dass Pendler*innen schnell
zum Ziel kommen und Großeltern sicher
zur Radtour mit den Enkeln aufbrechen
können. Bis 2027 muss ein Vorrangnetz
aus Radwegen, Fahrradstraßen und
Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen ge-
baut sein. Auch hier braucht es mehr
Tempo.

Baustelle Fußwege: Fußwege und Hal-
testellen, die barrierefrei sind, fußver-
kehrsgerechte Ampelschaltungen und
Querungshilfen sind für viele Menschen
wichtig und unverzichtbar. Das heißt
auch: Schulwege sicher machen!

Wer den Klimawandel ernst nimmt, baut
die Städte um. Statt Flughafenausbau
mit noch mehr Fluglärm braucht es ein
ausgedehntes Nachtflugverbot. Statt
Autobahnbau durch Wohnviertel sinn-
volle Verkehrskonzepte. Im Kungerkiez
hat sich eine Initiative für einen Kiez-
block auf den Weg für einen Kiez mit
weniger Durchgangsverkehr, weniger
Lärm und Abgasen und mehr Lebens-
qualität gemacht. DIE LINKE wird die
Umsetzung weiter vorantreiben – mit
guter Beteiligung der Anwohnerschaft.
Zu einer sozial gerechten Verkehrswen-
de gehören außerdem Fahrpreise, die
bezahlbar sind. Mit dem auf 9 Euro /
Monat abgesenkten Sozialticket hat DIE
LINKE ein starkes Zeichen gesetzt.
Langfristig bleibt ein kostenloser ÖPNV
das Ziel.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN ++ TERMINE +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

Mi 25.1. | 14 Uhr Veranstaltung mit
Senatorin Katja Kipping & Bürger-
meister-Kandidatin Carolin Weingart
im Kiezklub Allendeviertel

Mi 25.1. | 18 Uhr Infostand mit der
Parteivorsitzenden DIE LINKE, Jani-
ne Wissler und Mda Katalin Genn-
burg am Edeka Baumschulenweg

Mi 25.1. | 18 Uhr Vor 90 Jahren Macht-
ergreifung der Nazis in Deutschland –
Zeitzeuge Kurt Hillmann erinnern
sich. BdA Treptow im Rathaus Treptow,
Neue Krugallee 4, Berlin

Fr 27.1. | 13.30 Uhr Gedenkveranstal-
tung für die Opfer des Nationalsozia-
lismus in der Gedenkstätte und
Museum Sachsenhausen Mit Bei-
trägen von Angehörigen ehemaliger
Gefangener des KZ Sachsenhausen
aus ganz Europa, Schüler:innen des
Gymnasiums Panketal und der Prä-

sidentin des Landtags Brandenburg
Prof. Dr. Ulrike Liedtke. Abschlie-
ßend anstelle einer Kranzniederle-
gung ein kreatives Gedenkritual.

Mo 30.1. | 18 Uhr Kundgebung der
VVN-BdA anlässlich des 90. Jahrestages
der Machtergreifung der Nazi-
s, am Pariser Platz vor dem Bran-
denburger Tor. Mit Rednern u.a. der
IG Metall und der GEW, sowie dem
Vorsitzenden der VVN-BdA Florian
Gutsche.

Di 7.2. | 16 Uhr Bürgerdialog mit Cars-
ten Schatz und Gregor Gysi im Tan-
riverdis (Bölschestraße 60)

Di 7.2. | 18 Uhr Bürgerforum mit Gre-
gor Gysi im Kiezklub Rathaus Jo-
hannistal

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Di 31.1. | 19 Uhr Filmvortrag Rosa Lu-

xemburg, BRD/CSSR 1985. Als Au-
torenfilmerin realisierte Margare-
the von Trotta ihren Film über eine
der berühmtesten und faszinier-
endsten Frauen des 20. Jahrhun-
derts: „Rosa Luxemburg“ zeigt die
bewegte Lebensgeschichte der
polnisch-jüdischen Revolutionärin
in ihrem Kampf wie in ihrem Bestre-
ben um persönliches Glück. Prä-
sentierte von Irina Vogt. Kulturbund
Treptow, Ernststraße 14/16

Fr 10.2. | 19 Uhr Filmvortrag „Hälfte
des Lebens“ - Irina Vogt präsentiert
einen biografischen DEFA-Spiel-
film, der zehn entscheidende Le-
bensjahre des Dichters Hölderlin
umfasst, beginnend mit seiner Lie-
be zur verheirateten Susette Gon-
tard und endend mit der 1806 er-
folgten Einweisung in eine Tübinger
Nervenklinik. Kulturküche Bohns-
dorf, Dahmestraße 33.

LINKE Klimapolitik für Berlin

**Die Berliner LINKE will, dass
Berlin spätestens 2040 klima-
neutral ist.**

Das gelingt so:

1. Den Berliner CO₂-Ausstoß bis
2030 um 70 % gegenüber 1990
senken.
2. Fernwärme und GASAG in kom-
munale Hand, um Aus- und Um-
bau koordiniert voranzutreiben
und dabei die Versorgungspreise
stabil zu halten.
3. Klimagerechte und sozialverträg-
liche Gebäudesanierung durch
verpflichtende Förderprogramme,
die nicht auf die Miete umgelegt
werden dürfen.
4. Klimaschutzkonzepte und Sanie-
rungsfahrpläne für landeseigene
Unternehmen, Bezirke und Ge-
bäude.
5. Fachkräfteinitiative starten und
gemeinwohlorientiertes Transfor-
mationszentrum mit Zivilgesell-
schaft, Wissenschaft und nach-
haltiger, lokaler Wirtschaft
aufbauen.



Immer wieder demonstrieren in Berlin Zehntausende gegen den Mietenwahnsinn und für bezahlbares Wohnen.

Öffentlicher Wohnungsbau, Mietregulierung und Vergesellschaftung

Mit diesen Ideen will DIE LINKE Berlin den Mietenwahnsinn beenden

Berlin ist eine Mieterstadt: 85% der Menschen in Berlin wohnen zur Miete. Deshalb ist der Mietenwahnsinn ein Problem, das quer durch die Gesellschaft geht. Im letzten Jahr sind die Angebotsmieten in Berlin um mehr als 8 Prozent angestiegen. Das Investoren-Karussell dreht sich munter weiter. Als die SPD vor gut einem Jahr die Verantwortung für das Resort Bauen und Woh-

nen übernommen hat, wollte sie vieles anders machen. Das Ergebnis: Der private Wohnungsneubau bricht ein und auch die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen bekommen infolge der steigenden Baukosten echte Probleme. DIE LINKE Berlin hat jüngst ihre Pläne vorgestellt, mit denen sie den Mietenwahnsinn lösen möchte. Es geht im Wesentlichen um 4 Säulen:

1. Die ca. 350.000 Bestandswohnungen der sechs landeseigenen Wohnungen weiterhin sozial gerecht bewirtschaften. Dazu zählen eine Fortführung der Regelungen aus dem Mietendeckel (so genannter „Mietendim实施“), wie auch die Vorgaben für eine soziale Belegungsbindung. DIE LINKE will diese Regelungen für noch besseren Mieterschutz schärfen. Im Senat konnte DIE LINKE für 2023 einen Mieten- und Kündigungsstopp für den öffentlichen Wohnungsbestand durchsetzen. Auch das will die Partei verstetigen, muss sich damit aber noch gegenüber den bisherigen Koalitionspartnern durchsetzen.
2. Mit einem kommunalen Wohnungsbauprogramm sollen bis zum Jahr 2030 50.000 dauerhaft bezahlbare Wohnungen neu gebaut und dazu bis zu 1 Mrd. Euro jährlich investiert werden. Diese Wohnungen könnten dann zu einer durchschnittlichen Miete von ca. 7 Euro/m² angeboten werden. Außerdem soll ein kommunaler Bauträger geschaffen werden. Damit soll der Neubau beschleunigt werden und zugleich für gute Löhne auf den kommunalen Baustellen gesorgt werden. Teil des Programms ist eine verstärkte Rekommunalisierung von Bauland, um dieses für den Bau bezahlbarer Wohnungen, aber auch Kitas, Schulen und sozialer Infrastrukturen zu nutzen.
3. Mit einem Sicher-Wohnen-Gesetz soll das „Recht auf Wohnen“, wie es sich

in der Berliner Landesverfassung findet, abgesichert werden. Mit dem Gesetz sollen alle, also auch die privaten Vermieter:innen auf soziale Mindeststandards verpflichtet werden. Dazu zählen der Anteil an bezahlbaren Wohnungen für WBS-Berechtigte und eine ordentliche Instandhaltung der Wohnungen. Der Abriss oder das Vernachlässigen von Wohnraum würde mit dem Gesetz unter Strafe gestellt. Mieter:innen sollen bei allen wichtigen Belangen beteiligt werden müssen.

4. Der Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen soll umgesetzt werden. Wie auch schon vor der Abstimmung war DIE LINKE im Senat auch nach den Wahlen die einzige Partei, die ohne Abstriche hinter dem Vorhaben stand. Die vom Senat beauftragte Expertenkommission kommt in ihrem Zwischenbericht zum Ergebnis, dass Berlin die landesrechtliche Kompetenz für das Vorhaben hat und eine nötige Entschädigung sehr deutlich unter Marktwert ansetzen kann. DIE LINKE will sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass sehr zügig ein Vergesellschaftungsgesetz beschlossen wird. Mit den rund 270.000 Wohnungen, die mit einem Schlag in die Öffentliche Hand übergehen würden, würde sich der öffentliche Wohnungsbestand nahezu verdoppeln – und es gäbe mehr Wohnungen mit dauerhaft günstigen Mieten.

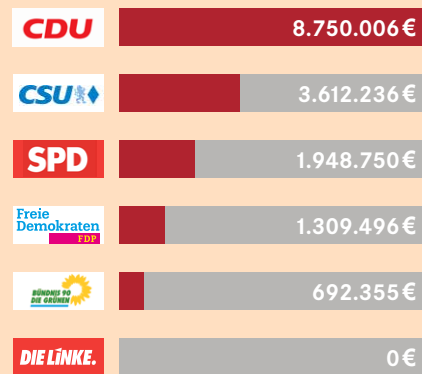
Bezahlbares Wohnen zu sichern, ist für DIE LINKE eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch deshalb ist es wichtig, wer am 12. Februar Ihre Stimme erhält.

An Aktionäre ausgezahlte Dividende von Vonovia 2022: 1,3 Milliarden Euro
Bei Vonovia wurden damit pro Wohnung rund 2.300 Euro bzw. 191,66 Euro/Monat direkt an die Aktionäre ausgezahlt. Geld, das den Mietern fehlt.

DIE LINKE ist nicht käuflich

Korruption ist in Deutschland strafbar. Großspenden von Reichen und Unternehmen an Parteien aber sind legal. Das nutzen die meisten Parteien aus: Die SPD kassiert regelmäßig von der Bau-Lobby. Die Grünen lassen sich von Fleischindustrie und Pharmakonzernen sponsern. Die CDU hält die Hand bei der Chemiewirtschaft auf. DIE LINKE ist nicht käuflich und lehnt Spenden von Unternehmen ab. Sie ist stärker als die Konkurrenz auf den Einsatz ihrer Unterstützer:innen angewiesen. Mach mit!

Spenden von Unternehmen und Verbänden an Bundestagsparteien im Jahr 2020.



Quelle: Lobby Control.

Wir brauchen Deine Unterstützung!

DIE LINKE Berlin, IBAN: DE59100708480525607803, Verwendungszweck: 502-810, sowie eigene Anschrift angeben (Anschrift ist notwendig, weil die Spende sonst rechtlich als anonyme Spende gewertet werden muss und steuerlich nicht geltend gemacht werden kann)

Die Spende kommt direkt dem Wahlkampf in Treptow-Köpenick zu Gute.

Stimmergebnisse Volksentscheid:

Berlin:
1.035.950 JA-Stimmen
57,6%

Treptow-Köpenick:
91.480 JA-Stimmen
59,3%